

Mittwoch, 30. Juni 1976

Blatt 1445

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Gratz bildet Beirat von Berufskraftfahrern
Wiener Landtag
Wiener Gemeinderat
Informationsstelle für Wohnbeihilfen am
2. Juli geschlossen
Allgemeines Krankenhaus: Computer ermittelt
Blutgruppe

Lokal:
(orange)

Start zum Fotowettbewerb "Wiener fotografieren Wien"

Kultur:
(gelb)

Ehrenring der Stadt Wien für Gamsjäger
Alt-Ausstellung im Historischen Museum

Wirtschaft:
(blau)

Handelskammer beteiligt sich an Wiener Messe

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

gratz bildet beirat von berufskraftfahrern

1 wien, 30.6. (rk) buergermeister leopold g r a t z hat eine reihe von berufskraftfahrern eingeladen, die stadtverwaltung in verkehrsfragen zu beraten. in dieser kommission sind sowohl kraftfahrer des oeffentlichen dienstes - rettung, feuerwehr, muellabfuhr, polizei, bundesdienst - als auch vertreter privater firmen mit grossem fuhrpark, der taxifahrer und der gewerkschaft "handel, transport, verkehr" repraesentiert.

in der ersten besprechung verwies gratz darauf, dass die stadtverwaltung in verkehrsfragen von mehreren kommissionen beraten wird, die wertvolle arbeit leisten. es fehlt jedoch der kontakt mit jenen personen, die durch ihre berufliche taetigkeit taeglich mit der verkehrssituation konfrontiert sind. oft schimpfen die kraftfahrer ueber irgendeinen mangel, etwa in der verkehrsregelung, statt diesen fehler dort aufzuzeigen, wo er behoben werden koennte, naemlich bei der stadtverwaltung. es ist unmoeglich, erklaerte gratz, das 2.500 kilometer lange wiener strassennetz durch einen behoerdlichen apparat staendig zu ueberpruefen. die mitarbeit der verkehrsteilnehmer ist deshalb unerlaesslich.

gratz verwies auf die von ihm initiierte aktion zur ausforstung des schilderwaldes, die derzeit von den bezirksvorstehern durchgefuehrt wird. die einladung an die berufsfahrer, ihre erfahrung zur verfuegung zu stellen, ist eine ergaenzung dieser bemuehungen.

stadtrat ing. fritz h o f m a n n erklaerte, dass der verkehrsraum in einer grosstadt natuergemaess begrenzt ist. deshalb ist es notwendig, den vorhandenen raum durch eine bessere verkehrsorganisation optimal auszunuetzen.

die beratende kommission der berufskraftfahrer, die dienstags im rathaus konstituiert wurde, wird im herbst ihre arbeit aufnehmen.

(sti)

1008

30. juni 1976

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1447

k u l t u r :

=====

ehrenring der stadt wien fuer gamsjaeger

2 wien, 30.6. (rk) der wiener gemeinderat beschloss am diensttag einstimmig, dem direktor der wiener staatsoper prof. rudolf g a m s j a e g e r den ehrenring der stadt wien zu verleihen.

(pr)

1009

w i r t s c h a f t :

=====

handelskammer beteiligt sich an wiener messe

3 wien, 30.6. (rk) die wiener handelskammer hat nun eine beteiligung im ausmass von 30,6 prozent an der wiener messe-ag erworben und gleichzeitig mit der gemeinde wien, dem hauptaktionaar, einen syndikatsvertrag abgeschlossen. dies gab praesident ing. karl d i t t - r i c h dienstags bekannt.

die handelskammer hat aktien im nominale von 1,817.600 schilling von der ca. um einen preis von zehn millionen s erworben. die tatsaechliche mitwirkung und mitsprache der kammer an der taetigkeit der messegesellschaft wird durch eine wirksame vertretung im aufsichtsrat beziehungsweise im vorstand der gesellschaft sichergestellt. der wiener handelskammer wird laut syndikatsvertrag mit der gemeinde wien das vorschlagsrecht fuer den vorsitzenden des aufsichtsrates zustehen und ausserdem wird sie einen der drei vorstandsdirektoren nominieren koennen. (whk)

Kommunal:
=====

Wiener Landtag
=====

Wien, 30. Juni (RK) Unter dem Vorsitz seiner Präsidentin Maria Hlawka trat Mittwoch der Wiener Landtag zu seiner 26. Sitzung zusammen. Dem Landtag lagen vier Gesetzesvorlagen und eine Anfrage der FPÖ vor.

Abg. Peska (SPÖ) referierte über die Vorlage eines Gesetzes über die Betrauung von Personen mit der Funktion eines Forstschutzorganes. Das Gesetz sei notwendig geworden, weil die Regelung des Forstschutzdienstes nunmehr in die Kompetenz des Landes falle.

Abstimmung: In erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Stadtrat Heller (SPÖ) referierte über die Vorlage des Wiener Elektrizitätswirtschaftsgesetzes 1976. Das Gesetz beschäftigt sich mit Erzeugungsanlagen für elektrische Energie. Heller unterstrich, daß mit seinem Inkrafttreten der letzte Rest reichsrechtlicher Vorschriften für den Bereich elektrischer Energie durch moderne gesetzliche Bestimmungen ersetzt werde.

Abstimmung: In erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Landeshauptmann-Stellvertreterin Gertrude Fröhlich-Sandner (SPÖ) referierte über eine Abänderung des Wiener Veranstaltungsgesetzes, durch welche die Bestimmungen über das Aufstellen von Spielautomaten geändert werden. Das Entstehen von Kleinspielhallen - etwa in der Nähe von Schulen - könne durch die neuen Bestimmungen verhindert werden. In das Ermittlungsverfahren bei der Konzessionsverleihung werde die Bezirksvorstehung eingeschaltet. Fröhlich-Sandner betonte, daß die neuen Bestimmungen im Sinne des Jugendschutzes liegen.

Abstimmung: In erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Wiener Schulgesetz

Landeshauptmann-Stellvertreter Gertrude Fröhlich-Sandner (SPÖ) referierte über die Vorlage des Wiener Schulgesetzes. Seit der Beschlußfassung über die Schulgesetze des Jahres 1962 hätten Entwicklungen stattgefunden, die neue gesetzliche Regelungen notwendig machten. Die vorhandenen Ausführungsgesetze würden nunmehr zu einem

einheitlichen, modernen Gesetz zusammengefaßt, das den neuen pädagogischen Erkenntnissen Rechnung trage. Fröhlich-Sandner stellte fest, daß die Inhalte des neuen Gesetzes schon lange praktiziert werden. In Wien seien seit 1966 1600 neue Schulklassen samt den notwendigen Nebenräumen errichtet worden, die meisten Schulversuche fänden in Wien statt. Auch das Öffnen der Schulen werde bereits praktiziert. (ger)

Als erster Debattenredner meinte Abg. Dkfm. Bauer (FPÖ), die gegenwärtige Schulgesetzgebung basiere auf dem gegenseitigen Mißtrauen zwischen Rot und Schwarz. In Wien könne kein Angehöriger der FPÖ und kein parteifreier Lehrer Volksschuldirektor werden, sogar bei der Bestellung "gewöhnlicher" Lehrer spiele die Parteizugehörigkeit eine entscheidende Rolle. Das neue Schulgesetz bringe zwar erfreuliche Verbesserungen, wichtig wäre jedoch, bei der Stellenvergabe ein Qualifikationssystem nach objektiven Gesichtspunkten anzuwenden. Seine Fraktion werde dem Gesetz nicht zustimmen.

Abg. Traindl (ÖVP) begrüßte es, daß das neue Gesetz eine wesentliche Vereinfachung in der Schulverwaltung bringen werde. Dem Stadtschulrat warf er vor, bei der Durchführung von Schulversuchen mit zwei verschiedenen Maßstäben zu messen und Schulen in Bezirken mit ÖVP-Mehrheit zu benachteiligen. Nachdem sich Abg. Traindl gegen die forcierte Sexualerziehung nach schwedischem Muster ausgesprochen hatte, brachte er einen Antrag ein, der Wiener Landeshauptmann möge sich bei der Bundesregierung für gesetzliche Maßnahmen zur Senkung der Höchstschülerzahl in den Klassen einsetzen. Seine Fraktion werde dem Wiener Schulgesetz zustimmen.

Abg. Wiesinger (SPÖ) stellte fest, die Behauptung, daß Schulleiter nicht nach ihrer Qualifikation ausgewählt werden, sei einfach falsch. Das neue Gesetz bezeichnete er als gelungen, seine Fraktion werde zustimmen. Abschließend brachte der Debattenredner einen gemeinsamen Antrag von SPÖ und ÖVP, betreffend die Schüleranzahl in den Klassen und das Vorhandensein zumindest eines Turnsaals in jeder Schule, ein.

Abg. Prof. Zörner (ÖVP) nahm zu einzelnen Bestimmungen hinsichtlich der Durchführung von Schulversuchen Stellung.

In ihrem Schlußwort betonte Landeshauptmann-Stellvertreterin Fröhlich-Sandner neuerlich, daß die Mehrzahl der im neuen Schulgesetz enthaltenen Bestimmungen bereits seit langem in Wien angewendet würde.

Der Beschluß- und Resolutionsantrag der ÖVP wurde abgelehnt, der gemeinsame Antrag von SPÖ und ÖVP wurde angenommen.

Das neue Wiener Schulgesetz wurde in erster und zweiter Lesung angenommen. (we)

Besoldungsordnung

Über eine Änderung der Besoldungsordnung, mit der die Hauptbezüge ab 1. Juli 1976 zwischen 6,5 und 10,5 Prozent erhöht werden, referierte Stadtrat Kurt Heller (SPÖ). Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) kritisierte, daß für 13 hohe Beamte die Höhe einer monatlichen Dienstzulage nicht aus dem Gesetz ersichtlich ist, sondern erst in einem Stadtsenatsbeschluß festgelegt wird.

Abstimmung: Die Änderung der Besoldungsordnung wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Vor Schluß der Sitzung gab Landtagspräsidentin Maria Hlawka einen kurzen Überblick über die Tätigkeit im letzten Jahr. Viele kleinere Gesetze wurden beschlossen, aber auch so große wie die Schulorganisationsgesetze, das Krankenanstaltengesetz und die Bauordnungsnovelle. Mit einem Dank für diese Arbeit des Landtags schloß die Präsidentin die Sitzung. (sei)

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Richtigstellung zur Gesundheitsdebatte =====

Wien, 30.6. (RK) Im Debattenbeitrag von Stadtrat Lehner (ÖVP) wurde berichtet, daß die Hauptkritik des Kontrollamtes die Tätigkeit und Beratung der Firma Odelga betreffe. Wir stellen dazu richtig, daß die Firma Odelga in diesem Zusammenhang vom Redner nicht genannt wurde. Die Kritik des Kontrollamtes betrifft auch nicht die Odelga, sondern ein anderes Unternehmen. (smo)

- - -

Wiener Gemeinderat
=====

Wien, 30.6. (RK) Anschließend wurde unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold Gratz die am Dienstag unterbrochene Sitzung des Gemeinderates mit den Beratungen über den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke aufgenommen.

Stadtwerke-Rechnungsabschluß

Stadtrat Franz Nekula (SPÖ) betonte, daß die Wiener Stadtwerke in der labilen Konjunkturentwicklung des Jahres 1975 auch um den Preis eines weiteren Wachstums der Schulden durch ihre Investitionspolitik Arbeitsplätze gesichert haben. 85 Prozent der Investitionen der Stadtwerke in der Höhe von 2,3 Milliarden seien in die österreichische Wirtschaft geflossen.

Preissteigerungen bei Öl und Erdgas führten zu einer Gefährdung des Gleichgewichtes zwischen den Aufwendungen und den Erträgen bei den Wiener Stadtwerken. Auch wirtschaftlich gesunde Unternehmen wären nicht in der Lage, einen steilen Anstieg der Rohstoffkosten längere Zeit selbst zu tragen, Rückwirkungen auf das Tarifgefüge seien unvermeidlich. Außerdem sei es infolge der abnormal warmen Witterung zu einer kurzfristigen Verminderung des Energieverbrauches gekommen. Diese Absatzrückgänge seien jedoch mit Recht nicht zum Anlaß für Investitionsbeschränkungen genommen worden. Die neuen Verbrauchsspitzen Anfang 1976 hätten die Richtigkeit dieser Politik bestätigt.

Das Hauptgewicht der Investitionen der Stadtwerke sei bei den E-Werken gelegen, während auf die Gaswerke knapp acht Prozent und auf die Verkehrsbetriebe rund 23 Prozent der Investitionen entfielen.

Die Schwerpunkte lagen bei den E-Werken auf dem Ausbau der Leitungsnetze und der Umspannwerke, bei den Gaswerken auf dem Ausbau der Rohrnetze und bei den Verkehrsbetrieben auf der Anschaffung von neuen Straßenbahnwagen und Autobussen sowie auf dem Umbau vorhandener Wagen auf schaffnerlosen Betrieb.

Nekula wies auf den Rationalisierungseffekt der Investitionsmaßnahmen hin. So konnte der Personalstand der Verkehrsbetriebe in den letzten zehn Jahren um 2152 Bedienstete verringert werden.

Die notwendigen Investitionen der Stadtwerke seien zwar volkswirtschaftlich günstig, betriebswirtschaftlich jedoch nur schwer zu verkraften. Die Stadtwerke seien wegen fehlender Gewinne in hohem Maße auf die Aufnahme von Fremdkapital angewiesen. Gemeinsam mit der Verlustsituation ergebe sich daraus eine langsame Verkürzung der Eigenkapitaldecke, die Ende 1975 nur mehr 32,7 Prozent des Gesamtkapitals betragen habe. Trotz finanzieller Hilfestellungen der Hoheitsverwaltung - Leistungen im Rahmen der Pensionsentlastung, Bildung einer Geldrücklage für die Verkehrsbetriebe, Zweckzuschuß des Bundes zur Förderung des Nahverkehrs - konnte diese Entwicklung 1975 nicht ganz aufgefangen werden.

Der Verlust von 768,6 Millionen Schilling habe die Finanzhilfe zum Teil wieder aufgezehrt.

Der Gebarungsabgang der E-Werke betrug 113,9 Millionen Schilling. Ohne die Inanspruchnahme des Investitionsfreibetrages laut Einkommenssteuergesetz 1972 hätte sich allerdings ein Gewinn von 301,3 Millionen Schilling ergeben. Dieses Ergebnis reiche jedoch für die Substanzerhaltung und die technische und wirtschaftliche Fortentwicklung nicht aus. Eine ähnliche Situation ergebe sich bei den Gaswerken. Ihr Verlust von 32 Millionen entspräche ohne Berücksichtigung des Investitionsfreibetrages einem Gewinn von 3,3 Millionen, der aber nicht ausreiche, das wirtschaftliche Gleichgewicht ohne Substanzverlust zu gewährleisten.

Das "Sorgenkind" der Wiener Stadtwerke seien die Verkehrsbetriebe, deren Kostenkurve sich trotz intensiver Rationalisierungsmaßnahmen ständig aufwärts bewege. Der öffentliche Nahverkehr sei aber ein notwendiger Bestandteil einer Großstadt. Der Erfolg dürfe nicht nach kaufmännischen, sondern nach volkswirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten beurteilt werden. Allein aus Sozialtarifen hätten die Verkehrsbetriebe im letzten Jahrzehnt Minder-einnahmen von rund 3 Milliarden erzielt.

Immerhin betrug der Verlust 1975 nur 623 Millionen gegenüber 706 Millionen im Jahr 1974.

Hauptursache des Verlustes sei die Entwicklung des Personalstandes, die gerade infolge der Personalintensität der Verkehrsbetriebe besonders zum Tragen komme. Die Einführung der Mehrwertsteuer sei nicht an die Konsumenten weiterverrechnet worden, was allein 1975 eine zusätzliche Belastung von 100 Millionen bedeutete.

Die Fakten, die das Erfolgsbild der Verkehrsbetriebe prägen, lägen außerhalb der Einflusssphäre der Unternehmensleitung. Der hohe volkswirtschaftliche Nutzen des öffentlichen Nahverkehrs stehe jedoch auf der ganzen Welt außer Streit. Nekula erwähnte in diesem Zusammenhang u.a. die geringere Zahl an Verkehrsunfällen, die geringe Raumbeanspruchung, die Umweltfreundlichkeit und den geringeren Energiebedarf der öffentlichen Verkehrsmittel. Eine Einbeziehung solcher Fakten in die Erfolgsrechnung würde die Verlustsituation der Verkehrsbetriebe verschwinden lassen. (ger)

Stadtwerke-Debatte

Der Verlust der Stadtwerke sei im vergangenen Jahr neuerlich gestiegen, und zwar um 277 Millionen oder 56 Prozent gegenüber 1974, erklärte als erster Debattenredner GR. Dkfm. Bauer (FPÖ). Die höheren Verluste seien eingetreten, obwohl erfreulicherweise in allen Betrieben zum Teil beträchtliche Absatzsteigerungen zu verzeichnen waren: Die E-Werke haben den Stromabsatz um 2,5 Prozent, die Gas-Werke ihre Lieferungen um 5,1 Prozent, die Be-stattung ihre Leistungen um 3,5 Prozent und die Verkehrsbetriebe ihre Beförderungsleistung sogar um 13 Prozent erhöhen können. Gleichzeitig hat es exorbitante Tariferhöhungen von 16 Prozent bei den E-Werken, bis zu 50 Prozent bei den **Verkehrsbetrieben** und bis zu 55 Prozent bei den Gaswerken gegeben. Es sei die Politik des ungehemmten Schuldenmachens, die das Unternehmen in den Abgrund führe. Die Schuldenlast sei 1975 neuerlich um 2 Milliarden von 9,5 Milliarden auf 11,5 Milliarden angestiegen, und die Anleihen reichten nicht mehr aus für die Tilgungsraten. Die notorisch defizitären Verkehrsbetriebe hätten die früher gesunden Teilbetriebe in den

Strudel mitgezogen. Nach dem Kontrollamtsbericht seien tarifpolitische Maßnahmen zu wenig, um dieser Situation zu begegnen, es müssen eigene Bemühungen zur Gesundung gesetzt werden. Auf solche Bemühungen warte man aber seit langem vergebens, deshalb würden die Freiheitlichen dem Rechnungsabschluß nicht zustimmen. (smo)

GR. Blauensteiner (ÖVP) stellte fest, daß bei den Stadtwerken die Grundsätze eines ordentlichen Kaufmannes nicht immer beachtet worden seien. Laut Kontrollamtsbericht wurden Arbeiten ohne öffentliche Ausschreibung vergeben, Maler- und Anstreicherarbeiten sogar ohne Preisvereinbarung.

Obwohl 1975 Kunden gewonnen und Tariferhöhungen vorgenommen wurden, hätten die Stadtwerke trotzdem schlechter abgeschnitten als im Jahr zuvor. Der Debattenredner schloß mit der Forderung nach mehr Transparenz und nach einer besseren Planüberwachung. (we)

Stadtwerkedebatte

Man muß die Tarife dann bejahen, wenn sie eine Lebensfrage für den Betrieb sind, erklärte GR. Kopfensteiner (SPÖ). Mit der Tarifregulierung 1975 konnte der Abgang gegenüber dem präliminierten Verlust wesentlich geringer gehalten werden. Eine weitere erfreuliche Auswirkung der Tarifregulierung, die Umstellung von einem Zeitkarten- auf ein Netzkartensystem, wurde von der Bevölkerung stärker angenommen. Die Beförderungsquote stieg um 13,4 Prozent.

Kein Betrieb in Österreich hat so rationalisiert wie die Stadtwerke. Zu bedenken ist auch, daß es berechtigte Wünsche aller Bezirksvorsteher nach weiteren Linien gibt. Das bedeutet allerdings wieder mehr Personal.

Die Stadtwerke sichern durch ihre Aufträge tausende Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft. Vor allem die Elektro-, Auto-, Rohr-, Metall- und Kleinzeugindustrie profitieren davon. (sei)

GR. Dkfm. Amman (ÖVP) erklärte, daß die Hoheitsverwaltung die Verkehrsbetriebe in schlechter Situation im Stich lasse. Er wiederholte die Verlustziffern und stellte fest, daß die Investitionsanleihen nur mehr für die Tilgung der Schuldendienste ausreichten. Als einzige Lösung habe die SPÖ Tariferhöhungen angeboten, während die verschiedensten ÖVP-Vorschläge auf Sanierung - wie ein Alternativbudget, das ein um 60 Prozent verringertes Defizit erbracht hätte und

die Übernahme des Schuldendienstes durch die Hoheitsverwaltung - immer wieder abgelehnt worden seien. Auch der Antrag auf Einsetzung eines Unterausschusses der Gemeinderatsausschüsse II und VIII sei unter Berufung auf die Stadtverfassung abgewiesen worden. Die Einsetzung einer Kommission nach § 60 der Stadtverfassung sei jedoch möglich und GR. Amman brachte einen diesbezüglichen Antrag ein. Diese Kommission aus Mitgliedern der beiden Gemeinderatsausschüsse solle unter dem Vorsitz des Bürgermeisters unter anderen mittelfristige Investitions- und Finanzierungskonzepte, einen Energieplan, einen Generalverkehrsplan, die Attraktivierung der Nahverkehrsmittel und einen Forderungskatalog an die Bundesregierung beraten.

Außer Gags und nicht gehaltenen Versprechungen habe die Rathausmehrheit bisher nichts getan. Das Resultat dieser Politik sei die progressive Verschuldung der Stadtwerke, keine Integration in die mittelfristige Finanzplanung der Gemeinde Wien, eine krasse Unterkapitalisierung und ständige Investitionssperren, schloß der Redner. (smo)

GR. Deutsch (SPÖ) gab zu bedenken, daß die Schulden der Stadtwerke nicht von heute oder gestern stammen, sondern zu einer Zeit entstanden, als diese Geschäftsgruppe von der ÖVP verwaltet wurde. Die Aufnahme von Krediten sei zu verantworten, weil die Stadtwerke als eines der zehn größten Unternehmen Österreichs einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze im Sinne der Regierungspolitik geleistet haben. Die verantwortliche Tarifpolitik wiederum trug zur Stabilität des österreichischen Wirtschaftsgefüges bei.

Im Hinblick auf mögliche Rationalisierungsmaßnahmen bestünden nur noch bei den E-Werken Chancen, nicht mehr jedoch bei den Gaswerken oder bei den Verkehrsbetrieben. Der Debattenredner schloß mit der Feststellung, daß seine Fraktion dem Rechnungsabschluß zustimmen werde. (we)

Von 1940 bis 1975 verringerte sich der Personalstand der Verkehrsbetriebe von 15.600 auf 8.500. Im gleichen Zeitraum stiegen die Beförderungsfälle an. Das zeigt, wie wirksam bei den Verkehrsbetrieben rationalisiert wird, erklärte Stadtrat Franz Nekula (SPÖ) in seinem Schlußwort. Bevor Rationalisierungen Erfolg haben, sind allerdings große Geldmittel für Investitionen notwendig.

Wenn vom Kontrollamt die Ausschreibung bei einem Auftrag in der Höhe von 30.000 Schilling zu Recht kritisiert wird, kann daraus kein genereller Vorwurf erhoben werden. Die großen Vergaben sind ordentlich abgewickelt worden. Wenn sich bei den öffentlichen Ausschreibungen aus mangelndem Interesse nur zwei oder drei Firmen beteiligen, kann das nicht den Wiener Stadtwerken vorgeworfen werden.

Im Ausschuß wird über die wirtschaftliche Lage der drei Teilbetriebe jederzeit im Detail Auskunft gegeben. Wenn aber keine Fragen gestellt werden, so können sie auch nicht beantwortet werden.

Die große Schuldenlast sollte nicht in einen Topf geworfen werden. Gas- und E-Werke können selbst dafür aufkommen, nur bei den Verkehrsbetrieben ist eine Hilfestellung notwendig. Darüber finden zwischen der Finanzverwaltung und den Stadtwerken laufend Kontakte statt.

Abstimmung: Die Bilanz 1975 der Wiener Stadtwerke wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Ein Antrag der ÖVP, der mittelfristige Investitions- und Finanzierungskonzepte, einen Energieplan und einen Generalverkehrsplan fordert, wurde einstimmig den Ausschüssen II, V und VIII zugewiesen. (sei)

Förderungszuschüsse

GR. Johanna Dohnal (SPÖ) referierte den Antrag, der Internationalen Vereinigung für Kulturaustausch einen Förderungszuschuß von 500.000 Schilling aus den Mitteln des Kulturschillings zu gewähren. GR. Prof. Bittner (ÖVP) erklärte, daß seine Fraktion gegen Zweck und Höhe dieser Förderung keinen Einwand habe, jedoch die Bedeckung aus dem Kulturschilling, mit dem die zunehmenden Aktivitäten zur Altstadterhaltung zu finanzieren seien, ablehne. Er stellte einen Abänderungsantrag betreffend diese Post und zwölf ähnliche Posten der Tagesordnung. GR. Donahl erwiderte, daß der Kulturschilling vorwiegend für die Altstadterhaltung, aber nicht ausschließlich dafür zu verwenden sei.

Der Abänderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Über die anderen Posten erfolgte aber dann die Abstimmung doch getrennt nach Zweck und Höhe der Förderungszuschüsse sowie deren Bedeckung. Die Anträge wurden teils einstimmig, teils mit Mehrheit angenommen. (smo)

Bebauungsplan

GR. Schultz (SPÖ) referierte den Antrag auf Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet zwischen der Prager Straße, der Schwaigergasse, der Donaukanalschnellstraße im 21. Bezirk.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) kritisierte, daß in diesem Gebiet Wohnbauten als Abschirmung zur Schnellstraße vorgesehen seien. Auch sei der Abstand der einzelnen Trakte zueinander zu gering, so daß ein "Hinterhofeffekt" zu befürchten sei. Mehrere Magistratsabteilungen und der Fachbeirat für Stadtplanung hätten Bedenken gegen dieses Projekt angemeldet. Hirnschall forderte eine Umplanung.

GR. Dr. Mayr (ÖVP) meinte, daß man überlegen müsse, ob nicht auf dem Areal der ehemaligen Hammerbrot-Werke die Ansiedlung von Betrieben günstiger wäre. Er sei nicht grundsätzlich gegen Wohnhochhäuser, man solle jedoch die Erfahrungen beim Wohnpark Alt-Erlaa abwarten. Gegen die Standortwahl für die vorgesehenen Wohnhäuser erhob Dr. Mayr schwerste Bedenken. Das Argument der Abschirmung zur Schnellstraße sei falsch, da die Schallbelästigung gerade in den höheren Geschossen am größten sei. Wenn an dieser Stelle überhaupt Wohnhäuser gebaut werden, dann sollten sie niedriger sein. Als "grotesk" bezeichnete Dr. Mayr die Standortwahl für zwei Kinderspielplätze. Er bedauerte, daß der Fachbeirat für Stadtplanung offensichtlich zu einer zweiten positiven Stellungnahme "überredet" worden sei.

Stadtrat Hofmann (SPÖ) wies den Vorwurf, daß der unabhängige Fachbeirat für Stadtplanung zu irgendeiner Stellungnahme überredet werden könne, zurück.

Hofmann ging auf die Vorgeschichte der vorgeschlagenen Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes ein. Nach der Stilllegung der Hammerbrot-Werke hätten die neuen Besitzer des Grundstückes um Fluchtlinienbekanntgabe angesucht. Es sei jedoch nicht im Interesse der umliegenden Wohnbevölkerung gelegen, daß auf diesem Areal ein neuer Industriebau entstehe. Wegen der bereits erfolgten Fluchtlinienbekanntgabe sei der Handlungsspielraum der Planung jedoch eingeschränkt gewesen. Die Eigentümer seien zum Bau einer Wohnhausanlage bereit gewesen, wenn gleichzeitig ein Einkaufszentrum errichtet worden wäre. Auch dies wäre nicht erwünscht gewesen. Es sei daher

zu begrüßen, daß sich eine Genossenschaft bereit erklärt habe, eine reine Wohnhausanlage zu errichten. Der Vergleich mit Alt-Erlaa sei falsch, da die vorgesehene Bebauung viel niedriger sei. Es sei selbstverständlich, daß die Wohnräume nicht an der Straßenseite situiert werden sollen. Die Verwendung eines Wohngebäudes zur Lärmabschirmung sei für Wien ein neuartiger Versuch, es gäbe allerdings ausländische Beispiele.

Abstimmung: Angenommen mit den Stimmen der SPÖ. (ger)

Hauskauf für das "Planquadrat"

GR. Outolny (SPÖ) beantragte den Kauf einer zum "Planquadrat" gehörenden Liegenschaft auf der Wieden zum Preis von 4,614.000 S, der am 2. Juni unter Anwendung des § 92 der Wiener Stadtverfassung erfolgt war.

Bereits 1970 war eine Liegenschaft in der Margaretenstraße, bestehend aus zwei Stiegenhäusern, von der Gemeinde gekauft worden. Sie sollten abgebrochen werden, dort sollte ein Kindergarten gebaut werden. Durch Bürgerinitiative entstand das "Planquadrat" mit dem Bestreben, die beiden Stiegenhäuser zu erhalten und die Höfe in eine Grünfläche zu verwandeln. Weil die Versorgungsleitungen zu den Stiegenhäusern durch das davor gelegene Wohnhaus verlaufen, trachtete die Stadtverwaltung, auch dieses Gebäude - ein gut erhaltenes, 1902 errichtetes Bürgerhaus - zu erwerben.

Es kam zu einem Rechtsstreit, der sechs Jahre dauerte. Als sich der Besitzer endlich zum Verkauf entschloß, stellte er einen Termin. Unter Zeitdruck wurde der Ankauf unter Anwendung des § 92 der Stadtverfassung getätigt.

Stadtrat Dr. Goller (ÖVP) sprach sich gegen die Anwendung dieses Paragraphen aus, mit der Begründung, es habe keine Notsituation vorgelegen, die den Bürgermeister zu dieser Maßnahme ermächtigt hätte. Da es sich um eine Bevormundung des Gemeinderats handle, werde seine Partei die Zustimmung verweigern.

Vizebürgermeister Pfoch (SPÖ) legte die Situation dar und erklärte, er habe den Bürgermeister um Anwendung des § 92 gebeten. Nur so hätte der langjährige Rechtsstreit zu annehmbaren Bedingungen für die Stadtverwaltung beendet werden können.

Abstimmung: Angenommen von SPÖ und FPÖ. (we)

Scalagründe

Die Gemeinderäte Lustig und Hermine Fiala (SPÖ) beantragten, in Wien 4, Favoritenstraße 8, eine städtische Wohnhausanlage mit 62 Wohnungen, einer Bücherei, einem Kindertagesraum, drei Geschäftslokalen, fünf Büros und zwei Tiefgaragen mit einem Gesamterfordernis von 66,3 Millionen Schilling, zu errichten.

Gegen die SPÖ-Version einer Randverbauung mit einer Erholungsfläche wandte sich GR. Dr. Hirnschall (FPÖ). Die neben der Verbauung verbleibende Restfläche stelle niemals einen vollen Ersatz dar. Außerdem liegt sie in der Höhe des ersten Stockes, läßt also keine Parkbepflanzung zu. Man müßte den Rathauspark oder den Volksgarten auch "randverbauen", würde das Argument stimmen, daß neben einer Hauptverkehrsstraße ein Park nicht zweckmäßig ist. Dichte Hecken wären sicherlich eine gute und entsprechende Abschirmung.

Hirnschall bedauerte, daß diese Frage zu einem Streit zwischen den Parteien geworden ist. Lieber würde er eine überparteiliche Initiative wie damals beim Sternwartepark gesehen haben. (sei)

Stadtrat Neusser (ÖVP) berichtete, daß es zunächst der Wunsch beider Fraktionen, der ÖVP und der SPÖ, in der Wiedener Bezirksvertretung gewesen sei, nach Abtragung des Scala-Gebäudes dort eine Grünfläche anzulegen. Es wurden Bäume gepflanzt und fünf Jahre lang hatte die Grünanlage bestanden. Dann wurden mit Zustimmung der Bezirksvertretung Teile des Parks für den U-Bahn-Bau zur Verfügung gestellt - mit der Zusicherung, daß später wieder ein Park angelegt werden würde. Dann sei aber ein Gerücht aufgetaucht, daß die Scala-Gründe verbaut werden sollen. Ein ÖVP-Antrag im Bezirk auf EPK-Umwidmung habe die SPÖ mit einem Abänderungsantrag beantwortet, indem von einer Randverbauung und einer öffentlichen Grünfläche auf dem restlichen Areal die Rede war. Die Absicht der Verbauung wurde dann erstmals öffentlich bekannt, als im Gemeinderatsausschuß V die Planung vergeben wurde. Eine spontane Bürgerinitiative habe daraufhin 2.200 Unterschriften für einen Park ergeben.

Die ÖVP habe abermals einen Antrag im Bezirk gestellt, vom Rathaus jedoch keine Antwort erhalten - diese kam gewissermaßen mit der Genehmigung des Sachkredites für die Wohnhausanlage im Gemeinderatsausschuß VII. Die VP-Bezirksvertretung verlangte damals eine Volksbefragung als Entscheidungsgrundlage. Da dies abgelehnt wurde, veranlaßte die ÖVP aus eigenem die Befragung der Wiedener Wahlberechtigten mittels Computerkarten. Von den 9.033 ausgegebenen Karten langten 8.984 mit gültigen Stimmen ein. Davon bejahten 8.413 die Frage: ich will einen park. Die Gegenfrage, ich will einen Gemeindebau, hatten nur 571 mit ja beantwortet. Dieses Ergebnis teilte die Bezirksvorsteherin in einem offenen Brief mit. Der Bürgermeister habe geantwortet, daß die Fragestellung unkorrekt gewesen sei. Es werde einen Park mit einer Randverbauung geben, der vor Lärm und Abgasen schützt. Diese Randverbauung stimmt aber nicht, sagte Neusser. Eine vorgesehene Grünfläche in der Höhe des ersten Stocks kann man nicht als Park bezeichnen, das ist eine Frozzelei. Neusser brachte den Antrag ein, das vorliegende Geschäftsstück von der Tagesordnung abzusetzen und den Magistrat zu beauftragen, einen Flächenwidmungs-Änderungsantrag auf EPK-Öffentlicher Park vorzulegen. (smo)

GR. Windhab (SPÖ) betonte, daß es auf den Scala-Gründen niemals einen definitiven Park gegeben habe. Nach dem Abbruch des Theaters sei zunächst ein Kellergewölbe beziehungsweise eine Baugrube geblieben. Um diese zu beseitigen, sei das beim Bau der Ustraba anfallende Erdmaterial zur provisorischen Gestaltung und Begrünung des Geländes verwendet worden.

Dieser provisorische Park sei im übrigen von der Wiedener Bevölkerung nie sehr frequentiert worden, sei doch der größere Resselpark ganz in der Nähe gewesen. Resselpark und Karlsplatz würden in kurzer Zeit mit noch größeren Grünflächen als früher wieder zur Verfügung stehen. Kaum jemand würde sich daher in den vom Verkehr umfluteten Scala-Park setzen.

Windhab warf der ÖVP vor, aus parteipolitischen Gründen gegen die Errichtung eines Wohnhauses zu sein. Er stellte fest, daß die Fragestellung bei der von der ÖVP durchgeführten Volksbefragung falsch gewesen sei. Von einer "Verbauung" der Scala-Gründe könne keine Rede sein, sondern lediglich von der Schaffung einer Grünfläche mit einer schützenden Randverbauung. Die Aktion habe nicht den Charakter einer "Wahl" gehabt, da Manipulationsmöglichkeiten nicht ausgeschlossen gewesen seien. Es hätten sich im übrigen nicht einmal so viele Personen beteiligt, als die ÖVP bei der letzten Gemeinderatswahl Wähler gehabt habe

Auch dieser Umstand dokumentiere den parteipolitischen Charakter der Aktion. Unter diesen Umständen von einer Entscheidung von 94 Prozent der Wiedner Bevölkerung zu sprechen, sei eine bewußte Irreführung. Die Bevölkerung des Bezirkes sei in den letzten Jahren um ein Sechstel zurückgegangen. Dieser Entwicklung gelte es entgegenzuwirken. Der Wohnungsbau in den inneren Bezirken sei auch eine zutiefst humane Aufgabe.

Stadtrat Neusser (ÖVP) warf der SPÖ in einer zweiten Wortmeldung vor, ihre Mehrheit zu einem Machtmißbrauch zu benützen. Die Baumpflanzung auf den Scala-Gründen sei eine Absichtsdemonstration gewesen. Die SPÖ messe bei der Kritik an dieser Aktion mit zweierlei Maß und spiele sich im Gemeinderat als Richter auf.

Neusser warf Windhab vor, den Rechtsstaat in Zweifel zu ziehen, wenn er die Korrektheit der von einem Notar beaufsichtigten Befragungsaktion in Frage stelle. Bürgermeister Gratz begründete seine scharfe Reaktion gegen die Baumpflanzungsaktion der ÖVP, die formal eine Besitzstörung sei, damit, er lege als Bürgermeister und als Parteiohmann größten Wert darauf, daß keine politische Partei auf Grundstücken der Stadt Wien agiere oder Plakate aufstelle. Eine solche Vorgangsweise zu tolerieren, könnte unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen.

GR. Windhab (SPÖ) stellte in einer tatsächlichen Berichtigung fest, daß er die Korrektheit des Notars nicht in Zweifel gezogen habe. Die Art der Durchführung der Aktion habe aber Manipulationen grundsätzlich nicht ausschließen können. So wäre es zum Beispiel möglich gewesen, daß Befragungskarten zum Ausfüllen an andere Personen weitergegeben worden wären.

Abstimmung: Angenommen mit den Stimmen der SPÖ.

Der von der ÖVP eingebrachte Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt.

Straßenbahntarife

Stadtwerke-Stadtrat Nekula beantragte die Erhöhung der Tarife für die Verkehrsbetriebe und die der Schnellbahn um zirka 20 Prozent. Sie werde den Verkehrsbetrieben Mehreinnahmen von 227 Millionen S brutto bringen, der Nettobetrag wird zirka 190 Millionen S betragen.

Die wichtigsten Erhöhungen ab 1. August sind: Fahrschein mit Ausgabezuschlag (Schaffnerfahrschein) 10 S statt bisher 8 S, Fahrschein im Vorverkauf 7.20 statt bisher 6 S, Vier-Kurzstreckenfahrschein 14 statt bisher 10 S, Pensionistenfahrschein 4.50 statt bisher 3.50 S, Kinderfahrschein mit Ausgabezuschlag (Schaffnerfahrschein) 4 statt bisher 3 S, Kinderfahrschein im Vorverkauf 3 S statt bisher 2 S.

Die Tarifregulierung bringt aber auch eine Reihe von Verbesserungen. So werden Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahr an Sonn- und Feiertagen sowie in den für die Wiener Schulen festgelegten Ferien unentgeltlich befördert. Bei den Pensionistenfahrscheinern fällt weg, daß sie wie bisher von 15 bis 18 Uhr nicht benützt werden konnten. Die Tagesnetzkarte wird durch eine 24-Stunden-Netzkarte zum Preis von 36 S ersetzt. Bei den Monatsnetzkarten, deren Preis von 294 auf 332 S erhöht wird, tritt ein Bonussystem in Kraft, wodurch nach zehn gekauften Monatskarten eine Monatsnetzkarte gratis ausgefolgt wird.

Im übrigen sei es keineswegs richtig, daß die neuen Fahrscheinere mit erhöhten Preisen bereits gedruckt waren, als die Klubtagung der SPÖ ihre Zustimmung zur geplanten Tarifregulierung gegeben hatte. (we)

Immer mehr Schulden und höhere Tarife in immer kürzeren Abständen können die Situation der Verkehrsbetriebe auf Dauer nicht lösen, erklärte GR. Dkfm. Bauer (FPÖ). Die vorletzte Tarifierhöhung hielt drei Jahre lang. Die derzeit geltenden Tarife werden nach eineinhalb Jahren angehoben. Der Normalfahrschein stieg seit der vorletzten Tarifierhöhung um 67 Prozent an, der Vorverkaufsfahrschein um 44 Prozent.

Einige tarifpolitische Maßnahmen begrüßt die FPÖ: So die Zusatzmarke für die Schüler, die Vierundzwanzigstunden-Netzkarte und die Verbilligung der Monatsnetzkarten. Schärfstens kritisiert wird die Erhöhung der Kinderfahrtscheine um 100 Prozent. Hier von familienpolitischen Vorstellungen bei den Kindertarifen zu sprechen, ist eine Verhöhnung. Da können kosmetische Operationen, wie die Freifahrten am Wochenende, auch nichts ändern.

Mit den Tarifierhöhungen wird man die mangelnde Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel nicht anheben. Bauer regte an, einige "Kleinigkeiten" zu ändern. Vielfach fahren Garnituren den Leuten vor der Nase weg und hin und wieder werden die Türen lange, bevor die Ampelnfreigegeben werden, geschlossen. Solche Dinge verärgern die Benützer. (sei)

Er müsse die im Antrag verschämte Bezeichnung "Tarifregulierung" auf das Wort "Preissteigerung" korrigieren, erklärte GR. Ing. Kreiner (ÖVP). Die Erhöhung mache abgerundet immerhin 66 Prozent aus, nämlich soviel Prozente, als die SPÖ im Gemeinderat Sitze habe. Auf jeden SPÖ-Mandatar entfalle daher ein Prozent. Diverse "Preiszuckerln" seien zwar angekündigt und es sei richtig, den Kindern am Wochenende und während der Ferien die kostenlose Fahrt zu ermöglichen. In Wirklichkeit hätte aber der Vater dieser Kinder im Laufe des ganzen Jahres durch die höheren Tarife diese "Freifahrt" bezahlt. Die Tarife der Verkehrsbetriebe seien keine üblichen Tarife, sondern ein politischer Preis. Die Verkehrsmittel gehörten, da sie für alle Bevölkerungsschichten da sind, zur sozialen Bilanz. Nach einer Anfrage betreffend SPÖ-Schaukästen in Wartehäuschen der Verkehrsbetriebe, brachte GR. Kreiner den Antrag ein, Vorverkaufsfahrtscheine auch an den Fahrkartenschaltern der Stadtbahn abzugeben. Der Redner bestätigte, daß zur Attraktivierung der Straßenbahn einiges getan wurde, es seien aber noch viele Maßnahmen erforderlich: Es gibt zu lange Wartezeiten, überfüllte Waggons, Verspätungen, lange Intervalle usw. Somit bleibe als Attraktivität gegenüber dem Individualverkehr der niedrige Preis der Straßenbahn. Man werde nur dann umsteigen, wenn das öffentliche Verkehrsmittel billiger ist. (smo)

GR. Schreiner (SPÖ) stellte fest, daß die Schwierigkeiten der Verkehrsbetriebe kein spezielles Wiener Problem seien. Ähnliche Sorgen hätten alle öffentlichen Massenverkehrsunternehmen. Eine Summe von Maßnahmen sei notwendig, um den öffentlichen Verkehrsmitteln jene Attraktivität zu verschaffen, die die Voraussetzung einer wirtschaftlich und sozial vertretbaren Führung der Verkehrsbetriebe sei. Die Verkehrsbetriebe müßten bei ihren Rationalisierungs- und Modernisierungsbestrebungen unterstützt werden. Die Schere zwischen Ertrag und notwendigem Aufwand habe nicht geschlossen werden können. Schreiner betonte die soziale Komponente der Wiener Straßenbahntarife, an der auch durch die nunmehrige Tarifregulierung nichts geändert werde. Es werde aber die Tendenz verfolgt, den Fahrgast in dessen eigenem Interesse von der Benützung von Schaffnerfahrtscheinen abzubringen.

Schreiner forderte die Einbeziehung von U-Bahn und Stadtbahn in den Kurzstreckentarif und brachte einen entsprechenden Abänderungsantrag ein. (ger)

GR. Prohaska (ÖVP) stellte an die Spitze seines Debattenbeitrages, daß die Fahrpreiserhöhung von 1961 bis 1967, während der ÖVP-Verwaltung der Verkehrsbetriebe, nur 25 Prozent betragen hätte.

Das schlechte Image der Wiener Verkehrsbetriebe führte er auf die dem Fahrgast nur bedingt zumutbaren Verkehrsverhältnisse zurück, die charakterisiert seien durch Unbequemlichkeit, lange Intervalle und oftmaliges Umsteigenmüssen. Der Redner beantragte schließlich, die durch die Gewährung von Sozialtarifen entstehenden Mindereinnahmen der Verkehrsbetriebe von der Hoheitsverwaltung bzw. von jenen Bundesstellen einzufordern, die bestimmte Ermäßigungen in Anspruch nehmen.

In seinem Schlußwort bekannte sich Stadtrat Nekula (SPÖ) zur Priorität für die leistungsstärksten Verkehrsmittel. Da die vorhandene Verkehrsfläche im Ausmaß von 28 Millionen Quadratmeter nicht beliebig vergrößert werden könne, werden Beschränkungen notwendig sein, um zu den Spitzenzeiten den Zusammenbruch des Verkehrs zu verhindern.

Hinsichtlich der Schwarzfahrer wurde eine Gesetzesnovellierung der aus dem Jahr 1926 stammenden Bestimmungen beantragt, der es allen Verkehrsbetrieben ermöglicht, Schwarzfahren entsprechend zu ahnden.

In den Stadtbahnstationen Währinger Straße und Nußdorfer Straße werden demnächst Fahrschein- und Geldwechsel-Automaten aufgestellt, die Lautsprechereinrichtung der "Säulenflüsterer" wird zu betriebs-internen Durchsagen für die Fahrgäste benützt.

In Zusammenarbeit mit einer privaten Werbefirma wurden bisher 300 Wartehäuschen errichtet; die Werbeflächen stehen auch politischen Parteien zur Verfügung.

Das Erträgnis der Fahrpreiserhöhung von 190 Millionen wird auch zur Intervallverkürzung vor allem auf jenen Linien verwendet, wo die Intervalle mehr als 10 Minuten betragen.

Der SPÖ-Antrag, wonach Kurzstreckentarife auch auf Stadtbahn und U-Bahn gelten sollen, wurde einstimmig angenommen.

Der ÖVP-Antrag über die Einforderung von Mindereinnahmen durch Sozialtarife wurde dem Gemeinderatsausschuß II zugewiesen.

Abstimmung: Die beantragten Tariferhöhungen wurden mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (we)

Bauringsanierung

Geben sie 3.000 im Wiener Raum Beschäftigten eine Chance. Es ist jedoch nur eine Chance, denn es ist keinesfalls beabsichtigt, die neuen Betriebe als Defizitbetriebe zu führen, erklärte Stadtrat Hans Mayr (SPÖ).

Für eine Lösung gab es nur zwei Möglichkeiten: entweder in Konkurs zu gehen oder die Verluste aus der katastrophalen wirtschaftlichen Situation möglichst gering zu halten, die Arbeitsplätze zu sichern und neuen Firmen eine vernünftige Chance zu geben. Die zweite Möglichkeit wurde gewählt.

Nun müßte es das gemeinsame Interesse sein, die Vorgänge in der Vergangenheit mit aller Deutlichkeit zu durchleuchten und die neuen Betriebe in einem geordneten und ruhigen Klima arbeiten zu lassen:

Die Schritte der Sanierung sind:

Die Stadt Wien deckt die Verluste ab. Die Gesamtverluste werden mit 1.158 Millionen beziffert. Neuaufzubringen sind 650 Millionen. Nach menschlichem Ermessen müßte dieser Betrag für die Abdeckung reichen, es kann sogar erwartet werden, daß Mittel zurückfließen.

Aus dem Bauring werden die Fertigteilbau, die WIBEBA und die WBBW herausgelöst. Die Interconstruct wird der WIBEBA angegliedert. Die Intercommerce verbleibt in der Bauringhülle und wird mit dieser liquidiert.

Die neuen Betriebe werden mit einem ausreichenden Stammkapital ausgestattet. An der WIBEBA beteiligen sich zu 26 Prozent vier private Baufirmen, und zwar: die Firmen Porr-AG, Hofmann & Maculan, Neue Reformbau und Universale. Ander Fertigteilbau beteiligt sich zu 50 Prozent die Firma Wienerberger.

Die Fertigteilbau wird versuchen müssen, vom Baustoff Schwerbeton zum Baustoff Leichtbeton umzustellen. Außerdem wird sie ihre Produktion auch für kleinere Baustellen einsetzbar machen müssen. Sollten die privaten Aufträge in den nächsten drei Jahren nicht den Bau von jährlich 1.000 Wohnungen ermöglichen, garantiert die Stadt Wien für diesen Zeitraum diese Aufträge. (sei)

In dem vorliegenden Antrag ist davon die Rede, daß damit die endgültige finanzielle Bereinigung der Bauring-Affäre erfolge - er befürchte, daß das nur ein frommer Wunsch ist, und der Gemeinderat sich noch öfter damit beschäftigen müssen wird, erklärte GR. Dr. Hirnschall (FPÖ). Er habe sich aber die Erklärung des Finanzstadtrates dick angestrichen, daß eine künftige Finanzierung nicht in Frage käme. Der blamable Weg in die Katastrophe werde aber ein unverrückbarer Bestandteil der Kommunalpolitik der Zweiten Republik und der Regierungspartei dieser Stadt bleiben. Im freien Wettbewerb habe der Bauring nicht bestehen können, und abgesehen vom Arabien-Abenteuer, sei er immer mehr ein Bleigewicht für die Stadt Wien geworden. Im Frühjahr 1974 sei der Umfang der Katastrophe bereits erkennbar gewesen. Die Freiheitlichen hätten damals einen klaren Standpunkt bezogen: Sie hätten die Sanierung strikt abgelehnt, da für eine Gemeindefirma dieselben Spielregeln gelten müßten, wie für alle anderen. Nach zwei Jahren komme man nun zu denselben Schlüssen. Er habe damals den Vorwurf, Arbeitsplätze zu gefährden, hören müssen. Der Sanierungsversuch mit 550 Millionen S habe aber keine Arbeitsplätze gesichert - mit dem Geld wurden Schulden und Provisionen bezahlt, am Rest hätten sich die Herren Martinuzzi und Ursprunger bedient. Heuer sei es wieder so weit. 850 Millionen müßten zugelegt werden, so daß sich eine Gesamtsumme von 1.400 Millionen ergebe. Mit diesem Geld hätten 2.000 familiengerechte Wohnungen gebaut, der dringende Bedarf an Pensionistenheimen gedeckt oder wichtige S-Bahnstrecken ausgebaut werden können. Damit wären bleibende Werte geschaffen, eine Vielzahl von Arbeitsplätzen gesichert worden. Da die heutige Vorlage keine Gewähr biete, daß der Steuerzahler nicht neuerlich zur Kasse gebeten werde, würden die Freiheitlichen nicht dafür stimmen. (smo)

In den Jahren 1972 bis 1975 hätten die Bauring-Verluste 1.158 Millionen Schilling betragen. Davon seien 709 Millionen Schilling auf die Geschäfte in Saudi-Arabien entfallen, 449 Millionen auf Geschäfte mit "Beficor", den Wohnbaugesellschaften "Helios" und "Haus und Wohnung", mit Architekt Ursprunger sowie auf Verluste beim Bau von städtischen Wohnhausanlagen zu Unterpreisen. Mit der gesamten Summe der Bauring-Verluste hätte man zweitausend bis dreitausend Wohnungen bauen könne. Dies erklärte GR. Dkfm. Dr. Wöber (ÖVP).

Die Geschäftsführung hätte mit der bedingungslosen Rücken- deckung durch die Rathausmehrheit rechnen können. Bereits 1973 seien Steuergelder in die Errichtung eines militärischen Flughafens und einer Straße in Saudi-Arabien geflossen. Schon damals wäre es möglich gewesen, sich von dieser Entwicklung ein Bild zu machen, hätte man den Anträgen der ÖVP zugestimmt. Diese seien aber von der SPÖ abgelehnt worden.

Zwischen gemeinwirtschaftlicher Philosophie und Wirklichkeit bestehe eine Diskrepanz. Auch ein Unternehmen im Besitz der öffentlichen Hand bedürfe eines exakten Managements. Klare betriebliche Verantwortlichkeit, echte Kontrolle seien notwendig.

Die ÖVP sei dafür, den neuen Unternehmungen eine Chance zu geben, sie lehne aber die Abdeckung bisheriger Verluste aus Steuermitteln ab. Die Verluste des Baurings seien das Ergebnis sozialistischer Politik.

Die ÖVP stimme daher nur acht von den 15 Punkten des Antrages zu. Bei der Wibeba solle eine höhere private Beteiligung angestrebt werden. Wöber brachte einen entsprechenden Antrag ein. (ger)

GR. Edlinger (SPÖ) erläuterte die getroffenen Maßnahmen dahingehend, daß einerseits die Arbeitsplätze aller Beschäftigten des Baurings gesichert werden mußten, andererseits mußte man bestrebt sein, den neuen Firmen günstige Startmöglichkeiten zu sichern.

Im Wiener Bauwesen sind 26.879 Personen beschäftigt, die Zahl der beim Bauring Beschäftigten belief sich auf 3.500 Mitarbeiter. Es konnte erreicht werden, daß sämtliches Bauring-Personal von den neuen Firmen übernommen wird.

Wenn private Betriebe auf Kosten der Öffentlichkeit saniert werden, werde applaudiert. Es sei daher unverständlich, warum die Sanierung eines städtischen Unternehmens abgelehnt werden sollte, zumal die Notwendigkeit der Erhaltung von Arbeitsplätzen unteilbar sei.

Daß Fehler in der Betriebsführung nicht signifikant seien für Betriebe der Gemeinwirtschaft, bewies GR. Edlinger mit den aufgeschlüsselten Ursachen der Insolvenzen von Privatbetrieben. In 39,5 Prozent der Fälle ist es Unsachlichkeit der Unternehmer (nicht sachgemäße Führung - Anm. d. RK), in 26 Prozent Fahrlässigkeit, in 17 Prozent Unredlichkeit und in 16 Prozent Kurzsichtigkeit.

Nach einem chronologischen Bericht über die Aufdeckung der Unregelmäßigkeiten beim Bauring beschuldigte Edlinger die ÖVP der bewußt falschen Darstellung aller Vorgänge. Als im Juni 1974 der Bericht des Kontrollamtes fertig vorlag, habe Bürgermeister Gratz sofort die Anzeige an die Staatsanwaltschaft erstatten lassen. Sämtliche Verluste seien vom abgelösten Management des Baurings verursacht worden, die neue Geschäftsführung hatte damit nichts zu tun.

Nach diesem Schlußstrich unter eine unerfreuliche Angelegenheit gab GR. Edlinger der Hoffnung für eine günstige Entwicklung der neuen Betriebe Ausdruck. Seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen. (we)

Unter dem Bauring wird heute noch kein Schlußstrich gezogen, erklärte Stadtrat Dr. Goller (ÖVP). Die geprellten Steuerzahler haben ein Recht, zu erfahren, was mit den Provisionen geschehen ist. Es wurde leichtsinnig mit Steuergeldern gewirtschaftet und die Schuldigen müssen ohne Rücksicht entsprechend behandelt werden. Goller stellte dazu Vergleiche an, zum Beispiel: Würde man Tausender aufeinanderstapeln, käme man 19 Meter über den Rathausmann. Die Wiener Fußgängerzone in der Kärntner Straße könnte zweimal mit Tausenderscheinen gepflastert werden!

gute Einführung, daß nach Feststellungen des Kontrollamtes die Betroffenen Stellung nehmen könnten. Es stünde der SPÖ wohl zu, nach den Kontrollamtsberichten über den Bauring zu sagen: Das ist passiert. Die SPÖ sollte doch endlich ihre Schuld bekennen und alle Konsequenzen ziehen. (smo)

GR. Braun (SPÖ) betonte, daß alles unternommen werden müsse, um alle Mißstände, die es beim Bauring gegeben habe, und alle gerichtlich zu verfolgenden Tatbestände restlos aufzuklären. Er wandte sich aber gegen eine grundsätzliche Diskreditierung gemeinwirtschaftlicher Einrichtungen. Nicht die Gemeinwirtschaft habe versagt, sondern ein bestimmtes Management. Man müsse den neuen Unternehmungen eine Chance geben. Die Neukonstruktion setze aber die Sanierung voraus. Wer die Neukonstruktion und die damit verbundene Vorgangsweise ablehne, gefährde 3000 Arbeitsplätze. Braun warf der ÖVP eine falsche Einstellung zur Gemeinwirtschaft vor. Schon jetzt würden wieder Versuche unternommen, den neuen Unternehmungen von vornherein Schwierigkeiten zu bereiten. (ger)

In seinem Schlußwort sagte Stadtrat Mayr, es wäre zu erwarten gewesen, daß die Diskussion politisch werde. Die ÖVP beschuldigte er, allzusehr parteipolitische Motive in den Vordergrund geschoben zu haben, wodurch sie an Glaubwürdigkeit verliere.

Er stehe nach wie vor dazu, daß jeder, der sich beim Bauring Verfehlungen zuschulden kommen ließ, zur Verantwortung gezogen werde, und er sei überzeugt, daß der Staatsanwalt seine Pflicht erfüllen wird.

Mayr wandte sich gegen die Behauptung, weil der Bauring in Saudiarabien ein Flugfeld und eine Straße baute, sei in Wien die Wohnbauleistung zurückgegangen.

Gemeinwirtschaftliche Betriebe bezeichnete der Finanzstadtrat als beste Lösung für verschiedene wirtschaftliche Probleme. Daß österreichische Betriebe heute international konkurrenzfähig sind, sei nicht zuletzt Verdienst gemeinwirtschaftlicher Betriebe, die im Hinblick darauf keine Gewinne machten.

Die vorgeschlagene Lösung sei eine Chance für die Bauring-Nachfolge-Betriebe. Sie müsse als Ganzes akzeptiert werden, Teil-

lösungen gebe es nicht. Abschließend ersuchte Stadtrat Mayr, dieser Chance zuzustimmen.

Abstimmung: Die ÖVP stimmte im wesentlichen der Neugliederung zu, lehnte aber Maßnahmen zur Verlustabdeckung ab. Die FPÖ stimmte keinem der 15 Antragspunkte zu, da sie die Verlustabdeckung und die Neugliederung als ein Ganzes sieht. Die SPÖ stimmte allen Anträgen zu.

Der ÖVP-Antrag auf eine weitergehende Privatisierung wurde einstimmig dem Gemeinderatsausschuß II zugewiesen. (we)

Restliche Tagesordnung

Hierauf behandelte der Wiener Gemeinderat die restliche Tagesordnung, wobei es nur bei drei Geschäftsstücken zu Wortmeldungen kam:

Generelles Projekt A 20 - A 5

GR. Holub (SPÖ) referierte den Antrag über die Ausarbeitung eines generellen Projektes für die A 20 und A 5 im Bereich Döbling bis Landesgrenze.

GR. Dr. Mayr (ÖVP) begründete die ablehnende Haltung seiner Fraktion mit dem Umstand, daß der Antrag auch das Teilstück der A 5 zwischen der Donauufer-Autobahn und der Landesgrenze enthalte.

Abstimmung: Angenommen mit den Stimmen der SPÖ.

Mehrzweckhalle am Praterstern

GR. Deistler (SPÖ) und GR. Bednar (SPÖ) referierten den Antrag über Zu- und Umbauarbeiten in der Mehrzweckhalle am Praterstern mit einem Kostenaufwand von 13 Millionen Schilling.

GR. Dr. Macher (ÖVP) erklärte, daß durch den Ankauf dieses Objektes Quadratmeterpreise von 35.000 bis 77.000 Schilling in Kauf genommen wurden. Er kritisierte, daß eine neutrale Stätte der Begegnung im selben Haus wie ein Parteiheim der SPÖ untergebracht werde. Das Grassalkovich-Schlößl wäre dagegen ein idealer Standort für ein Haus der Begegnung gewesen.

GR. Deistler bemerkte in seinem Schlußwort, daß man sich wegen der hohen Kosten nicht für die Schaffung eines Hauses der Begegnung, sondern für die Adaptierung der bestehenden Mehrzweckhalle entschieden habe.

Abstimmung: Angenommen mit den Stimmen der SPÖ. (ger)

UNO-City

Für die Uno-City ist ein Parkdeck erforderlich, das dort gebaut werden soll, wo derzeit die Kältemaschinen und die Garderoben der Donauparkhalle sind. Die ÖVP (GR. Daller) ist nicht gegen die notwendigen Umbauarbeiten bei der Donauparkhalle, jedoch gegen die finanzielle Aufbringung. Es wurde verabsäumt, mit der IAKW zu vereinbaren, daß die Stadt Wien für diese Umbauarbeiten lediglich den 35prozentigen Kostenanteil zu tragen hat. (sei)

Schlußwort des Bürgermeisters

In seinem Schlußwort erklärte Bürgermeister Leopold Gratz: "Der Gemeinderat hat im vergangenen Halbjahr 664 Geschäftsstücke erledigt, in den Ausschüssen ein Vielfaches davon. Ich danke allen Mitgliedern des Gemeinderates, die sich in den vergangenen sechs Monaten mit all ihrer Kraft, mit allen Fähigkeiten für Wien und die Wiener eingesetzt haben. Ich danke jenen Mitgliedern des Nationalrates und des Bundesrates, die sich im Hohen Haus für die Interessen Wiens eingesetzt haben. Ich wünsche in der kommenden Urlaubsperiode allen Mitgliedern des Gemeinderates Zeit zur Erholung und zur Besinnung."

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

k o m m u n a l :

=====

informationsstelle fuer wohnbeihilfen am 2. juli geschlossen

7 wien, 30.6. (rk) in drei referaten der ma 50 - allgemeine und rechtliche angelegenheiten des wohnungswesens gibt es am freitag, dem 2. juli, keinen parteiverkehr: wegen umzugsarbeiten sind die informationsstelle fuer wohnbeihilfen in der doblhoffgasse 6, das referat fuer wohnbeihilfen und stundung in der rathausstrasse 2 sowie das referat fuer wohnbaufoerderung und wohnungsverbesserung, ebenfalls rathausstrasse 2, geschlossen. sie stehen jedoch ab montag, den 5. juli, wieder montag bis freitag zwischen 8 und 13 uhr offen.

(hs)

1127

k o m m u n a l :

=====

allgemeines krankenhaus:

computer ermittelt blutgruppe

13 wien, 30.6. (rk) blutuntersuchungen werden am institut fuer blutgruppenserologie der universitaet wien im akh kuenftig mit computer durchgefuehrt. das geraet, der groupamatic 360, ist ein von der firma kontron-roche entwickelter vollautomat, der gleichzeitig blutgruppe und rhesusfaktor bestimmt. ausserdem koennen noch irregulaere antikoerper, immunantikoerper sowie syphiliserreger bestimmt werden. der vorteil des neuen geraetes, das mittwoch in anwesenheit von gesundheitsstadtrat univ.-prof. dr. alois s t a c h e r und klinikvorstand univ.-prof. dr. paul s p e i s e r offiziell in betrieb genommen wurde, ist vor allem die schnelligkeit, mit der die werte ermittelt werden. die kapazitaet liegt bei 360 proben in eineinhalb stunden. die kosten fuer dieses geraet - das zweite in oesterreich - beliefen sich auf rund 4,3 millionen s, wovon vom jubilaefonds der oesterreichischen nationalbank eine million, vom wissenschaftsministerium 1,3 millionen und von der gemeinde wien rund zwei millionen getragen wurden. (zi)

1341

L o k a l :

=====

start zum fotowettbewerb "wiener fotografieren wien"

9 wien, 30.6. (rk) fotoamateure und berufsfotografen sollten ab sofort ihre kameras in griffbereiter naehe halten. unter dem motto "wiener fotografieren wien" fiel heute der startschuss zum fotowettbewerb, veranstaltet von der gemeinde wien in zusammenarbeit mit der gesellschaft zur foerderung der fotografie und der zentralsparkasse der gemeinde wien. ziel dieser kampagne mit anschliessender wertung und preisverteilung ist es, die gesamte bevoelkerung zum fotografieren zu aktivieren. wie stadtrat peter s c h i e d e r bei einer pressekonferenz erklaerte, sollen die motive keine wohlbekanntesten sehenswuerdigkeiten wiens zeigen, sondern aus dem leben gegriffen sein und eine dokumentation der alltaeglichen umwelt darstellen. fuer viele teilnehmer koenne der fotowettbewerb ueberdies weitere anregungen zur sinnvollen freizeitbeschaeftigung und anstoss zum kontakt mit den mitmenschen bieten. ausserdem sei der wettbewerb eine sinnvolle ergaenzung der grossen kampagne "ja zu wien", denn fotografieren setze ja auseinandersetzung und identifikation mit dem motiv voraus.

kriterium fuer die wertung der jury wird vor allem die aussagekraft der fotos sein. bildeffekte auf grund der technischen kameraausstattung werden nicht beruecksichtigt. teilnahmeberechtigt sind alle wienerinnen und wiener, und selbstverstaendlich auch die besucher der stadt. es koennen sowohl schwarzweiss- als auch farbbilder bis zu einem format von 24 mal 30 und diapositive bis zu 6 mal 6 zentimeter eingesendet werden. die bilder werden von jedem fotohaendler und in den filialen der "z" entgegengenommen und an den presse- und informationsdienst der stadt wien weitergeleitet. jeder teilnehmer hat ausserdem die moeglichkeit, seine fotos persoendlich in der rathausinformation in der schmidthalle des rathauses abzugeben. zu diesem zweck wurden einsendetaschen angefertigt, die in jedem fotofachgeschaeft und in den filialen der "z" erhaeltlich sind.

im anschluss an den wettbewerb werden die bilder im rahmen einer ausstellung gezeigt, die besten davon in einem katalog mit namensnennung veroeffentlicht. die teilnehmer am wettbewerb muessen daher

ueber das uneingeschraenkte copyright fuer ihre bilder verfuegen.
bereits praemierte bilder duerfen nicht eingesendet werden.

ein besonderer anreiz fuer alle teilnehmer: es sind insgesamt
638 geld- und sachpreise im gesamtwert von 357.000 schilling zu ge-
winnen.

alle einsendungen nehmen an der wertung der allgemeinen klasse
mit 10 hauptpreisen und 90 sachpreisen, sowie am preis des monats
teil. zusaetzlich gibt es noch sonderwertungen und preise fuer ein-
sendungen von schuelern der berufsschule fuer graphische gewerbe und
von schuelern der hoeheren graphischen bundes-lehr- und versuchs-
stalt, ausserdem einen sonderbewerb der zentralsparkasse fuer die
jugend bis 15 jahren und schliesslich eine sonderpraemiiierung durch
den verein city wien fuer fotos mit motiven aus der wiener innen-
stadt. (ba)

1215

k u l t u r :

=====

alt-ausstellung im historischen museum

10 wien, 30.6. (rk) als sommer-ausstellung zeigt das historische museum der stadt wien am karlsplatz vom 1. juli bis 19. september oelbilder, aquarelle und zeichnungen von den drei mitgliedern der wiener kuenstlerfamilie alt. dadurch soll dem publikum vor allem die moeglichkeit gegeben werden, einen wichtigen bestandteil der sammlungen kennenzulernen, der zum grossteil aus konservatorischen gruenden nicht staendig ausgestellt werden kann. gezeigt werden fast 400 ar-beiten von jakob, rudolph und franz alt.

da das historische museum selbst ueber eine so reiche auswahl von werken der familie alt verfuegt, dass es eigenstaendig jeden der drei kuenstler in seinen verschiedenen entwicklungsperioden dokumentieren kann, wurde auf leihgaben verzichtet. aus raumgruenden hat man auch auf die ausstellung von druckgraphiken verzichtet, doch wird in vergleichsbeispielen auf die besonders wichtige taetigkeit der drei kuenstler fuer verlage hingewiesen, die alben und mappenwerke mit ansichten von wien und seiner umgebung herausbrachten.

die ausstellung umfasst einen zeitraum von etwa 100 jahren - und zwar von 1810 bis 1914. in den zahlreichen stadtsansichten der kuenstler der familie alt wird somit die bauliche entwicklungsphase wiens vom biedermeier ueber die ringstrassenzeit bis in die fruehzeit unseres jahrhunderts kuenstlerisch erfasst. aber nicht nur wiener ansichten, sondern auch motive aus anderen staedten, landschaften und portraets sind in der ausstellung zu sehen. nicht nur als kuenstlerische, sondern auch als persoenliche dokumente wertvoll sind portraets von familienmitgliedern und innenansichten von ateliers. diese persoenlichen dokumente werden ausserdem durch eine auswahl von fotografien, zeitgenoessischen publikationen und erinnerungsgegenstaenden ergaenzt.

die ausstellung wird vom 1. juli bis 19. september, diensttag, mittwoch und freitag von 10 bis 16 uhr, donnerstag von 10 bis 19 uhr, samstag von 14 bis 18 uhr und sonntag von 10 bis 13 uhr bei freiem eintritt zugaenglich sein. (may)